

# Kurzfassung

## Kurzfassung

## Familien im Rhein-Sieg-Kreis

- Zusammenfassung zentraler Erkenntnisse und Handlungsoptionen -



xit GmbH  
Frauentorgraben 73  
90443 Nürnberg

Tel. +49 (911) 2 02 27-0  
Fax +49 (911) 2 02 27-77  
info@xit-online.de  
www.xit-online.de

## Impressum

### Herausgeber:

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg e.V.

Caritasverband Rhein-Sieg e.V.

Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenkreises An Sieg und Rhein

Der PARITÄTISCHE Kreisgruppe Rhein-Sieg-Kreis

### Verfasser:

Thomas Rinklake, Stefan Löwenhaupt

xit GmbH

Frauentorgraben 73

90443 Nürnberg

[www.xit-online.de](http://www.xit-online.de)

1. Auflage, November 2009, Siegburg

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort .....</b>	<b>4</b>
<b>Zusammenfassung wichtiger Erkenntnisse .....</b>	<b>6</b>
<b>Handlungsoptionen aus Sicht der Wohlfahrtsverbände .....</b>	<b>14</b>

## Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

im Mai 2007 stellte der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Karl-Josef Laumann, den Sozialbericht des Landes der Öffentlichkeit vor und initiierte im Folgenden eine Reihe von Regionalkonferenzen. Dabei wurden vor Ort sowohl wesentliche Berichtsinhalte vorgestellt als auch Fragestellungen für eine eigene Sozialberichterstattung vor Ort diskutiert.

Das Ministerium sieht eine umfassende Datenbasis und eine differenziertere Darstellung der sozialen Lage der Bevölkerung als eine notwendige Voraussetzung für eine vorausschauende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik an. Gleichzeitig will das Ministerium die Sozialberichterstattung auf Landesebene mit einem regen Kommunikations- und Diskussionsprozess auf regionaler Ebene unterstützen.

Wir Wohlfahrtsverbände im Rhein-Sieg-Kreis betrachten es als eine unserer wichtigsten Aufgaben, die Diskussion um eine fundierte Sozialberichterstattung auf Kreisebene zu fördern. Vor allem erleben wir in unserer alltäglichen Arbeit die vielen Facetten, die mit dem Thema Armut verbunden sind. Wir begleiten einzelne Personen und Familien, stellen dabei aber fest, dass die Armutsproblematik nicht allein auf eine individuelle Situation zurückgeführt werden kann und auch nicht darf, sondern eine gesellschaftliche Dimension hat.

Armut kann nicht nur krank machen - mit immens hohen Folgekosten für das öffentliche Gesundheitswesen. Amerikanische Forscher haben unlängst belegt, dass Armut auch einen direkten Einfluss auf die Entwicklung des Gehirns hat: Bei vielen 9-10-Jährigen Kindern aus ärmeren Verhältnissen zeigen sich Muster, die sonst nur bei Menschen zu erwarten gewesen wären, die zuvor einen Gehirnschlag erlitten hatten. Insoweit kann die derzeit geführte Bildungsdebatte die Frage nach Chancengleichheit und Teilhabe nur ansatzweise lösen.

Des Weiteren nehmen wir in unserer Arbeit wahr, dass selten eine fundierte Datenbasis als Grundlage für die Entwicklung von effizientem und effektivem Unterstützungshandeln dient.

Mit dem von uns in Auftrag gegebenen Bericht „Familien im Rhein-Sieg-Kreis“ möchten wir deshalb eine notwendige und überfällige Diskussion anstoßen. Zum einen lenken wir den Blick auf die Familien im Rhein-Sieg-Kreis, beleuchten ihre Lebenssituation und leisten damit einen Beitrag zur Versachlichung der fach- und sozialpolitischen Diskussion.

Zum anderen möchten wir mit diesem Bericht auch aufzeigen, an welchen Stellen die Informationslage verbesserungsbedürftig ist, um - auf einer soliden Datenbasis aufbauend - zu einer fundierten sozialpolitischen Planung auf Kreisebene zu gelangen.

Wir besetzen mit dieser Thematik bewusst ein unbequemes Thema, das sich wenig zur öffentlichen Profilierung eignet. Dennoch ist es uns wichtig, hier einen Diskurs anzuregen, weil der Rhein-Sieg-Kreis

insgesamt mit den Folgen, die sich aus der Armutsproblematik ergeben und in Zukunft alle Altersgruppen betreffen, konfrontiert ist und auf längere Sicht bleiben wird.

Wir haben uns daher bewusst dazu entschieden, den Bericht erst nach der Kommunalwahl in NRW zu veröffentlichen, um das Thema aus wahltaktischen Überlegungen fernzuhalten und um mit den neuen Mandatsträgern ins Gespräch zu kommen.

Die vorliegende Kurzfassung präsentiert zentrale Erkenntnisse. Ergänzt wird dieser Blick um notwendige Handlungsoptionen aus wohlfahrtsverbandlicher Sicht.

Wir wünschen Ihnen auch eine anregende Lektüre des Gesamtberichts und freuen uns auf Rückmeldungen, die uns gemeinsam im Rhein-Sieg-Kreis auf dem Weg zu einer fundierten Sozialberichterstattung voranbringen.



Werner Dobersalske  
Geschäftsführer  
AWO-Kreisverband  
Bonn/Rhein-Sieg e.V



Harald Klippel  
Kreis-Caritasdirektor  
Caritasverband  
Rhein-Sieg e. V.



Udo Haack  
Geschäftsführer  
Der PARITÄTISCHE  
Kreisgruppe Rhein-Sieg-Kreis



Jürgen Schweitzer  
Geschäftsführer  
Diakonisches Werk des Evang.  
Kirchenkreises An Sieg und Rhein



## Zusammenfassung wichtiger Erkenntnisse

### Allgemein

- Mit dem vorliegenden Bericht „Familien im Rhein-Sieg-Kreis“ soll ein Beitrag zur Versachlichung der fach- und sozialpolitischen Diskussion der Situation der Familien im Rhein-Sieg-Kreis geleistet werden. Die empirische Diskussionsgrundlage aller sozialpolitischen Akteure soll gestärkt werden, um rationale Entscheidungen über Investitionen und Maßnahmenplanungen fällen zu können.
- Es werden öffentlich zugängliche Daten und Informationen systematisch aufbereitet und analysiert. Ergänzend werden an verschiedenen Stellen in Exkursform Erfahrungen aus der Arbeit der herausgebenden Verbände eingeflochten, um die quantitativ orientierte Datenanalyse mit Erfahrungen aus der praktischen Arbeit zu unterfüttern.

### Sozialstruktur und Bevölkerungsentwicklung

- Während andere Regionen in Deutschland bereits schrumpfen, weist der Rhein-Sieg-Kreis seit der letzten Volkszählung im Jahr 1987 ein kontinuierliches Bevölkerungswachstum auf, wobei die Zuwachsraten in den letzten Jahren jedoch abnehmen. Das Bevölkerungswachstum ist zunächst auf anhaltende Wanderungsgewinne zurückzuführen. Dies ist ein erster wichtiger Hinweis auf die Attraktivität des Rhein-Sieg-Kreises. Neben der Zuwanderung häufig jüngerer Haushalte haben auch die bis zum Jahr 2004 zu verzeichnenden Geburtenüberschüsse das Bevölkerungswachstum begünstigt.
- Die amtlichen Bevölkerungsvorausberechnungen veranschlagen für den Rhein-Sieg-Kreis bis zum Jahr 2025 eine Bevölkerungszunahme auf ca. 649.000 Einwohner. Die demographische Herausforderung des Rhein-Sieg-Kreises liegt zumindest mittelfristig nicht in einer Schrumpfung der Bevölkerung, sondern in Fragen der Bevölkerungsstruktur und –zusammensetzung. Gleichsam zeichnet sich im Jahr 2025 jedoch ein schmaler werdender „Jugendsockel“ und somit eine künftige Bevölkerungsabnahme ab.
- Der Rhein-Sieg-Kreis wird zunächst von einer Abnahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter verschont bleiben, allerdings wird die Gruppe der 20-64-Jährigen bis 2025 eine spürbar veränderte Altersstruktur aufweisen. Während im Jahr 2007 nur gut 19% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in die Altersgruppe „55 Jahre und älter“ fallen, so werden es 2025 schon 28% sein. Hier wird die Wirtschaft verstärkt unter anderem mit demographiesensibler Personalentwicklung, Weiterbildung und neuen Arbeitszeitmodellen reagieren müssen.
- Der Altenquotient wird von 31,3 im Jahr 2007 auf 39,4 im Jahr 2025 zunehmen. Im selben Zeitraum wird der Jugendquotient von 36,4 auf ca. 31,3 sinken.

- Der demographische Wandel verläuft nicht nur regional, sondern auch kommunal unterschiedlich. Nach einer Klassifizierung der Bertelsmann Stiftung sind 14 von 19 Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreis den Demographietypen „Suburbane Wohnorte mit rückläufigen Wachstumserwartungen“ (acht Kommunen) sowie „Stabile Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit hohem Familienanteil“ (sechs Kommunen) zuordenbar. Beide Demographietypen haben einen vergleichsweise großen Spielraum bei der Gestaltung des Wandels, der auch genutzt werden sollte. Der größte Handlungsbedarf wird aus Sicht der Zuordnung zu Demographietypen für Windeck konstatiert.
- Der demographische Wandel hat nicht zu letzt auch Auswirkungen auf die Struktur und Zahl der Privathaushalte und der Familien. Die Zahl der Privathaushalte beläuft sich für den Rhein-Sieg-Kreis im Jahr 2007 auf ungefähr 263.000. Dabei gilt ein allgemeiner Trend hin zu einer Zunahme der Zahl der Privathaushalte bei einer Abnahme der Zahl der Haushaltsmitglieder. Von 1996 bis 2007 hat die durchschnittliche Zahl der Haushaltsmitglieder von 2,41 auf 2,26 abgenommen. Der Anteil der Einpersonenhaushalte hat in derselben Zeit von 27% auf ca. 30% zugenommen.

### Beruf und Erwerbstätigkeit

- Erwerbstätigkeit ist in Deutschland die wichtigste finanzielle Unterhaltsquelle. Im Jahr 2007 bestritten ca. 40% der Bevölkerung im Rhein-Sieg-Kreis ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit. Wenngleich der deutsche Sozialstaat die Sicherung der Grundbedürfnisse garantiert und auch erwerbstätige Familien Transferleistungen wie z.B. Kindergeld oder Elterngeld erhalten und von Steuerfreibeträgen profitieren, so ist auch und gerade für Familien die Beteiligung am Arbeitsleben wichtig, um das wirtschaftliche Auskommen zu ermöglichen und der Familie auch einen gewissen Standard sozialer Teilhabe zu gewährleisten. Die (Nicht)Beteiligung am Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Ausgangs- und Kristallisationspunkt sozialer Ungleichheit.
- Die seit Jahren zu beobachtende Zunahme der Frauenerwerbsbeteiligung wird vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen noch stärker zunehmen müssen, um Alterung und Abnahme der Erwerbsbevölkerung abzufedern und die eigene Versorgung im Alter zu sichern. Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die bereits heute viele Familien vor Probleme stellt und Improvisationsgeschick erfordert, wird somit in den nächsten Jahren an Brisanz gewinnen.
- Inwieweit es dem Rhein-Sieg-Kreis tatsächlich gelingt, zu einem Gewinner des demographischen Wandels und des Wettbewerbs der Regionen zu werden, hängt auch und vor allem davon ab, inwieweit es gelingt für junge Familien attraktive Arbeitsplätze, attraktiven Wohnraum und eine hohe Lebensqualität zu bieten. Ein diese Attraktivität unmittelbar befördernder Faktor ist wiederum die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Die Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises weisen eine vergleichsweise niedrige Arbeitsplatzzentralität auf. Die Arbeitsplatzzentralität ist ein Indikator für die Bedeutung von Gemeinden oder Regionen

als Wirtschafts- und Arbeitsstandort. Lediglich Siegburg kann mit einer höheren Arbeitsplatzzentralität aufwarten. Troisdorf, Meckenheim und Bad Honnef nehmen Werte nur knapp unter 1,0 an, weisen somit aber letztlich auch eine leicht negative Bilanz auf. Insbesondere die unmittelbar an Bonn grenzenden Gemeinden Niederkassel, Bornheim, Alfter, Swisttal und Wachtberg, aber auch die im äußersten Osten gelegenen Gemeinden Ruppichteroth und Windeck weisen mit Werten von 0,4 jeweils eine äußerst geringe Arbeitsplatzzentralität auf.

- Insgesamt beläuft sich die Summe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) für das Jahr 2007 auf gut 123.000. Damit ist die Zahl der Beschäftigten seit 1995 um gut 2% gestiegen. Ihren Höhepunkt erreichte die Beschäftigtenzahl im Zeitraum von 1995 bis 2006 mit einer Summe von knapp über 128.000 im Jahr 2001. Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen war in der Zeit von 1995 bis 2006 im kommunalen Vergleich durchaus unterschiedlich. Sie schwankt zwischen einem Verlust von fast 30% im Fall von Ruppichteroth und einem Gewinn von gut 24% in Much. Insgesamt haben 11 von 19 Gemeinden Zuwächse zu verzeichnen, während bei 8 von 19 Gemeinden Abnahmen beobachtet werden können.
- Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten hat im Beobachtungszeitraum sowohl absolut als auch anteilig fast kontinuierlich zugenommen. Interessant ist, dass die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um gut 2.500 Personen abgenommen hat. Teilzeitbeschäftigung wird mehrheitlich von Frauen ausgeübt. Die im beobachteten Zeitraum geschilderte Zunahme der Teilzeitbeschäftigung wurde jedoch vorrangig durch männliche Beschäftigte hervorgerufen. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten an den Teilzeitbeschäftigten hat von 93% im Jahr 1995 auf knapp 85% im Jahr 2007 abgenommen. Der Zuwachs der Teilzeitbeschäftigung kann somit nur teilweise durch Frauen in der Familienphase erklärt werden. Die Gefahr eines prekären Charakters von Teilzeitbeschäftigung trifft insbesondere für Alleinerziehende und Alleinstehende zu und wenn der Partner ebenfalls einer atypischen Erwerbsform nachgeht.
- Bei Ehepaaren mit Kindern unter 18 Jahren sind im Jahr 2007 im Rhein-Sieg-Kreis 58% der Mütter erwerbstätig. Der höchste Anteil kann bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften konstatiert werden. Dort sind es im Rhein-Sieg-Kreis 73% der Mütter, die einer Beschäftigung nachgehen. Fast gleichauf liegt der Anteil der Frauenerwerbstätigkeit bei den Alleinerziehenden (71%).
- Der Rhein-Sieg-Kreis kann im Bundes- und Landesvergleich auf eine langjährige positive Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung zurückschauen. Im Juli 2009 beläuft sich die Arbeitslosenquote im Rhein-Sieg-Kreis auf 6,5 (Vergleichswert NRW = 9,2). Regional variiert die Arbeitslosigkeit im Bezirk der Arbeitsagentur Bonn/Rhein-Sieg durchaus erheblich. Die höchste Arbeitslosenquote ist für den östlichen Rhein-Sieg-Kreis im Bereich der Geschäftsstelle Eitorf zu konstatieren. Dort ist die Arbeitslosenquote mit einem Wert von 9,3% zum einen um 3,6 Prozentpunkte höher als im Bereich der Geschäftsstelle Königswinter und liegt praktisch auf dem genannten nordrhein-westfälischen Durchschnittswert von 9,2%. Vergleichsweise nah beieinander

liegen die Werte für die Geschäftsstelle Siegburg (7,1%) und die Hauptagentur Bonn (6,8%). Hier weichen die Werte lediglich um 0,3 Prozentpunkte voneinander ab.

- Insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit (Jüngere unter 25 Jahren) ist mit Blick auf die Situation von Familien interessant. So handelt es sich dabei um ein Alter, in dem die Eltern die Arbeitslosigkeit häufig noch mit abfedern. Arbeitslosigkeit und ein schwieriger Berufseinstieg erschweren und verzögern häufig auch die eigene Familiengründungsphase. Im NRW-Vergleich weisen insgesamt vier Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises eine überdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit auf.

### Einkommen und wirtschaftliche Situation

- Der verfügbaren ökonomischen Daten weisen den Rhein-Sieg-Kreis als relativ prosperierende Region aus. Kennzeichen sind eine vergleichsweise hohe Gründungsdynamik, hohe Lohn- und Einkommenssteueraufkommen, hohe Primäreinkommen und verfügbare Einkommen sowie eine überdurchschnittliche Kaufkraft je Haushalt und auch je Einwohner.
- Sowohl die Verteilung der Einkommensklassen als auch die Verteilung der Primäreinkommen und verfügbaren Einkommen deuten jedoch daraufhin, dass die Schere der Einkommensungleichheit im Rhein-Sieg-Kreis relativ weit geöffnet ist.
- Eine Berechnung der Armutsrisikoquoten (50% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens, alte OECD-Skala) auf Basis des Mikrozensus zeigt, dass im Jahr 2007 ca. 11% der Bevölkerung von Einkommensarmut bedroht gewesen sind. Die Armutsrisikoquoten liegen durchgängig um wenige Prozentpunkte unter den Vergleichswerten von NRW. An dieser Stelle schlägt sich die vergleichsweise gute Wirtschaftslage des Kreises nieder. Dennoch können insbesondere Minderjährige und Haushalte mit drei und mehr Kindern als Hauptrisikogruppen identifiziert werden. Kinder- und Jugendliche sind zu ca. 19% von Armut bedroht. Haushalte mit drei und mehr Kindern gar zu über einem Drittel (ca. 36%). Somit ist die Schlussfolgerung erlaubt, dass auch im Rhein-Sieg-Kreis Familien in besonderer Weise von Armut bedroht sind.

### Erziehung und Betreuung

- Die Familie stellt für die meisten Kinder den zentralen Lebens- und Lernort dar. Autonomie, Unversehrtheit und Selbstregulationskraft der Familie waren dabei lange Zeit die unumstößlichen Schlagworte der politischen Diskussion. Als flankierende Leistungen wurden finanzielle Transfers (z.B. Kindergeld) und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe wie Kindergärten, Familienbildung, Erziehungsberatung und Halbtagschule als weitgehend ausreichend angenommen. Da der seit einigen Jahren zu beobachtende Wandel der Sozialstruktur von Familien jedoch anhält bzw. weiter an Fahrt gewinnt, muss auch die soziale Infrastruktur kontinuierlich auf den Prüfstand gestellt und ggf. nachgesteuert werden. Die Anforderungen der Familien an die soziale Infrastruktur variieren dabei nach Lebenslage und Lebensphase.

- Die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung des Rhein-Sieg-Kreises wird im Gegensatz zu vielen anderen Regionen Deutschlands zunächst weniger vor dem Problem eines notwendigen Rückbaus der technischen und sozialen Infrastruktur stehen, sondern sich vielmehr mit der Frage eines Ausbaus und einer Flexibilisierung der Infrastruktur auseinandersetzen müssen. Das auch zukünftig zu erwartende Bevölkerungswachstum wird wesentlich davon abhängen, inwieweit es der Rhein-Sieg-Kreis tatsächlich schafft, als Wohn- und Arbeitsort insbesondere für junge Familien attraktiv zu sein. In diesem Zusammenhang spielen Fragen der Infrastruktur eine wesentliche Rolle.
- Die Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe hängen zum einen von dem Volumen der (potenziell) zu unterstützenden Personen ab. Wo es keine Kinder und Jugendliche gibt, da ist auch keine Kinder- und Jugendhilfe gefragt. Die Kenntnis der (potenziellen) Fallzahlen reicht jedoch nicht aus. Neben der quantitativen Perspektive ist auch eine qualitative Komponente zu beachten. Bspw. machen die Pluralisierung der Lebensformen und der Wandel der Institution Familie trotz zahlenmäßiger Abnahme der Kinderzahlen ggf. neue und/oder mehr Hilfeformen erforderlich. In diesem Zusammenhang ist vor allem die künftig weiter zunehmende Notwendigkeit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu nennen.
- Die Zahl der Kleinkinder im Alter von 0 bis unter 3 Jahren wird bis 2011 leicht abnehmen, danach jedoch langsam aber kontinuierlich wachsen, so dass 2025 ungefähr 2,5% mehr Kinder in diesem Alter im Rhein-Sieg-Kreis leben, als noch im Jahr 2005. Die Altersgruppe der 3 bis unter 6-Jährigen wird von 2005 bis 2025 um 4,7% schrumpfen. Allerdings wird diese Gruppe nach Erreichen der Talsohle im Jahr 2014 aller Voraussicht nach wieder langsam wachsen. Ein ähnliches Muster kann für Kinder im Alter von 6 bis unter 10 Jahren konstatiert werden. Auch hier dürfte die zahlenmäßige Entwicklung nach Erreichen eines Tiefpunkts im Jahr 2018 wieder leicht nach oben zeigen. Im direkten Vergleich zwischen den Jahren 2005 und 2025 ist dennoch eine Differenz von -12,4% zu erwarten. Die größte Abnahme verzeichnen mit -17,1% Kinder und Jugendliche zwischen 10 und unter 18 Jahren. Für diese Gruppe ist eine kontinuierliche Abnahme zu beobachten, die sich ab 2017 allerdings deutlich verlangsamt und im Anschluss weitgehend in einer Stagnation mündet.
- Angebote, die die jeweilige Zielgruppe praktisch zu 100% abdecken sollen, werden mittel- bis langfristig zu einem gewissen Teil reduziert werden müssen. Dies betrifft vorrangig Grundschulklassen. Bei Kindergärten sieht es bereits komplizierter aus, da auf eine Schrumpfung ein erneuter Anstieg ab 2014 zu erwarten ist. Eine deutliche Ausweitung des Angebots wird für Kinderkrippen, aber auch für Plätze in Offenen Ganztagschulen und der Nachmittagsbetreuung in Kindergärten erwartet.
- Eine zunehmende Frauenerwerbstätigkeit ist nicht nur, aber auch aus ökonomischen Gründen wichtig, und zwar sowohl aus gesamtgesellschaftlicher als auch aus individueller Perspektive. Gesamtgesellschaftlich bzw. –wirtschaftlich sind verschiedene Aspekte wie etwa größere Kreativität, Produktivität und Innovation durch Geschlechterausgewogenheit am Arbeitsplatz zu

- nennen. Des Weiteren ist die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit eine unverzichtbare Stellschraube, um die unumkehrbare Konsequenz der demographischen Entwicklung zu gestalten.
- Aus individueller bzw. mikrosoziologischer Perspektive ist die Stärkung der weiblichen Erwerbsbeteiligung aus mindestens drei Gründen geboten.
    - Erstens: Erwerbstätigkeit stellt die wichtigste Möglichkeit zur Sicherung des eigenen ökonomischen Auskommens bzw. dessen der Familie dar.
    - Zweitens: Auch wenn bspw. das Einkommen des Partners ausreicht, so ist vor dem Hintergrund gestiegener Arbeitsmarktunsicherheit ein weiteres ökonomisches Standbein im Falle von Arbeitslosigkeit des Partners von Vorteil.
    - Drittens: Der demographische Wandel wird die sozialen Sicherungssysteme unweigerlich vor zunehmende Herausforderungen stellen. Die gesetzliche Rente allein wird zur Absicherung des Lebensabends immer weniger ausreichen. Besonderen Schwung erhält dieser Aspekt durch zunehmende unterbrochene Erwerbsverläufe. Die Bedeutung privater Vorsorge wird daher – vor allem auch für Familien – weiter zunehmen. Solide private Vorsorge ist jedoch nur durch eigenes Einkommen möglich.
  - Tageseinrichtungen für Kinder dienen der familienergänzenden Betreuung. Dabei kommt ihnen jedoch weitaus mehr zu, als nur die Funktion eines Instruments, um Eltern die Erwerbsbeteiligung zu ermöglichen. Sie sind vielmehr auch Bildungs-, Erziehungs- und Sozialisationsinstanz. Dies umso mehr, als es vor allem für die Entwicklung von Kindern mit wenigen oder keinen Geschwistern unverzichtbar ist, in Kontakt mit Gleichaltrigen zu stehen.
    - Die Gesamtbetreuungsquote der Kinder (unter 3 Jahre) in Tagesbetreuung beläuft sich im Jahr 2008 im Rhein-Sieg-Kreis auf 8,6%. Damit liegt der Kreis knapp unter dem nordrhein-westfälischen Gesamtniveau (9,3%).
    - Die Gesamtbetreuungsquote der Kinder (3 - 6 Jahre) in Tagesbetreuung beläuft sich im Jahr 2008 im Rhein-Sieg-Kreis auf 90,4%. Damit liegt der Kreis nahezu exakt auf dem NRW-Durchschnittsniveau von 90,2%.
  - Bei einer Zuspitzung auf die Ganztagsbetreuung (mehr als 7 Stunden) schneidet der Rhein-Sieg-Kreis dagegen schlechter ab.
    - Im Jahr 2008 werden im Rhein-Sieg-Kreis 2,8% der unter 3-Jährigen Kinder mehr als 7 Stunden in Tageseinrichtungen betreut. D.h. nur ungefähr jedem fünfzigsten Kind der Altersgruppe kommt eine umfassende Ganztagsbetreuung zu. Damit bewegt sich der Rhein-Sieg-Kreis im Landesvergleich auf unterdurchschnittlichem Niveau (NRW = 4,3%).
    - Die Differenz bei den 3 bis 6-Jährigen fällt ähnlich aus. In NRW beträgt die Betreuungsquote im Jahr 2008 26,8%. Der Rhein-Sieg-Kreis folgt mit einer Quote von 24,2%.
  - Selbst wenn man die politische Zielgröße von einer 35%-Versorgung der unter 3-Jährigen Kinder bis 2014 nur auf Halbtagsbetreuung bezieht, so steht der Rhein-Sieg-Kreis in den nächsten Jahren vor einer großen Herausforderung. Dies vor allem auch deshalb, weil genau diese Altersgruppe ab 2011 leicht anwachsen dürfte.

- Zur Finanzierung von Kindertagesstätten und auch der Offenen Ganztagschulen werden i.d.R. einkommensabhängig gestaffelte Elternbeiträge erhoben. Insbesondere einkommens- und bildungsschwache Familien werden durch die Elternbeiträge unter Umständen abgeschreckt. Eine Modellrechnung zeigt, dass die Beiträge zwischen den Gemeinden mitunter stark variieren. Dies gilt in besonderer Form für einen Kindergartenbesuch von 35 Stunden pro Woche und für den Besuch der Offenen Ganztagschule.

### Wohnsituation

- Alles in allem ist bei den Haushalten im Rhein-Sieg-Kreis eine vergleichsweise hohe Eigentümerquote zu beobachten. Über die Hälfte (ca. 55%) der Haushalte sind Eigentümer. Im Landesvergleich NRW sind es lediglich ca. 38%.
- Die Bodenpreise für Ein- und Zweifamilienhäuser weisen im kommunalen Vergleich eine große Preisspanne auf. Sie schwankt im Jahr 2006 zwischen 50 Euro je m<sup>2</sup> in Windeck und 235 Euro je m<sup>2</sup> in Sankt Augustin, Siegburg und Niederkassel. Der Durchschnittswert für NRW beträgt im Vergleich 134 Euro je m<sup>2</sup>. Dieser Wert wird im Rhein-Sieg-Kreis bei 14 von 19 Gemeinden übertroffen. In der Zeit von 2003 bis 2006 haben sich die Preise für baureifes Land für Ein- und Zweifamilienhäuser im nordrhein-westfälischen Durchschnitt um ca. 0,6% erhöht. Die Entwicklung im Rhein-Sieg-Kreis ist auch hier sehr unterschiedlich. Während bei neun Gemeinden die Preise stabil geblieben sind, sind sie bei den verbleibenden zehn Gemeinden überdurchschnittlich gestiegen. Die Spanne reicht hier von 0,7% in Niederkassel bis 2,4% in Borhnheim und Ruppichterath.
- Personen und Familien, die materiell eher schlechter gestellt sind und über geringere finanzielle Mittel verfügen, sind jedoch weniger häufig Eigentümer, sondern mieten ihren Wohnraum. Im Rhein-Sieg-Kreis beträgt die durchschnittliche Mietbelastung der Haushalte ungefähr ein Viertel des Haushaltsnettoeinkommens. Damit liegt sie mit ca. zwei Prozentpunkten geringfügig über dem Vergleichswert von NRW. Dabei sehen sich Haushalte ohne Kinder im Mittel einer geringeren Mietbelastung ausgesetzt, als Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren. Alles in allem fällt auf, dass die Mietbelastung im Rhein-Sieg-Kreis bei allen betrachteten Gruppen höher ist, als die entsprechenden Landeswerte. Eher geringe Unterschiede zwischen Kreis und Land sind bei der Mietbelastung Alleinerziehender zu beobachten, wenngleich nicht übersehen werden darf, dass die Mietbelastung Alleinerziehender mehrheitlich deutlich höher ausfällt, als die anderer Gruppen. Die Mietbelastung steigt mit der Kinderzahl der Haushalte. Die größte Mietbelastung tragen im Rhein-Sieg-Kreis – neben den Alleinerziehenden – Haushalte und Ehepaare mit vier und mehr Kindern. Für diese Gruppen fließen knapp 34% des Haushaltsnettoeinkommens in die Miete. Dies ist jeweils deutlich mehr (ca. acht Prozentpunkte) als im nordrhein-westfälischen Vergleich.
- Mindestens bis zum Jahr 2020 werden im Rhein-Sieg-Kreis ca. 63.000 zusätzliche Wohnungen benötigt. Die allgemeine sozialstrukturelle Entwicklung (Zunahme von Einpersonenhaushalten,

Auszug erwachsener Kinder etc.) wird selbst bei gleich bleibender Bevölkerungszahl zu einem zusätzlichen Bedarf führen. Dadurch, dass der Rhein-Sieg-Kreis jedoch auf eine mittelfristige Bevölkerungszunahme schaut, wird sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt zusätzlich verschärfen. Diesem Ausblick steht gegenüber, dass bereits seit 1995 immer weniger Wohnungen fertig gestellt werden. Der Rückzug privater Investoren hat zu einer deutlichen Anspannung auf dem Wohnungsmarkt in den wirtschaftlichen Wachstumsregionen in NRW geführt. Bereits heute sind deutlich höhere Mietpreise und Engpässe in der Wohnraumversorgung absehbar. Dies vor allem im unteren und mittleren Segment mit entsprechend steigenden Mietbelastungen. Davon sind vorrangig Familien, Alleinerziehende und Rentnerhaushalte mit kleinem Einkommen betroffen, die bereits jetzt einen hohen Anteil ihres monatlichen Einkommens für das Wohnen aufwenden müssen.

## Handlungsoptionen aus Sicht der Wohlfahrtsverbände

### *Beitrag der herausgebenden Verbände*

Der vorliegende Bericht ist ein **Einstieg** in eine Sozialberichterstattung für den Rhein-Sieg-Kreis. Er stützt sich primär auf die Aufbereitung und Auswertung öffentlich zugänglicher Daten. Sozialberichterstattung ist jedoch nicht als einmalige Aktivität, sondern als Prozess zu verstehen. Insofern sollte im Zuge der systematischen Implementierung einer auf Kreisebene angesiedelten Sozialberichterstattung die Datenlage zukünftig weiter geschärft und Datenbarrieren reduziert werden.

Durch **eine öffentlich getragene, kontinuierliche Sozialberichterstattung** können weitere – bisher nicht zugängliche – Datenquellen erschlossen und der planerische Nutzen maximiert werden. Der Kreisverwaltung kommt dabei mit ihrer Vernetzungsfunktion eine wesentliche Rolle zu.

Neben einer Nutzung verschiedener amtlicher Daten (z.B. Einwohnermelderegister, Sozialhilfestatistik, Wohngeldstatistik etc.), sollten dabei auch Daten freier Träger einbezogen werden, die eben nicht ausschließlich zu Verwaltungszwecken erhoben werden und einen zusätzlichen Informationswert bereit halten. Des Weiteren sollte auch die Zielgruppe selbst zu Wort kommen. Repräsentative Zielgruppenbefragungen bieten die Möglichkeit, zu bestimmten Problemstellungen die Meinungen und Bedürfnisse der Menschen vor Ort einzubinden.

Der demographische Wandel wird auch den Rhein-Sieg-Kreis beschäftigen. Allerdings befindet er sich im Vergleich zu anderen Regionen über weite Strecken in einer vergleichsweise komfortablen Ausgangssituation. Diesen Gestaltungsspielraum sollte der Rhein-Sieg-Kreis dringend nutzen. Ob sich die demographische Entwicklung der nächsten 15 Jahre tatsächlich in dem projizierten Maße entwickelt, hängt zentral davon ab, wie attraktiv der Rhein-Sieg-Kreis für Familien sein wird.

Nach Kenntnis der in den vorherigen Kapiteln skizzierten Themen, zeichnen sich für den Rhein-Sieg-Kreis insbesondere folgende Handlungsoptionen ab:

#### a. Politischer Stellenwert der Familie

Wenn der Rhein-Sieg-Kreis seine Attraktivität für Familien weiter steigern will, so muss er auch sein Image als kinder- und familienfreundlicher Landkreis weiter schärfen. (Potenzielle) Familien müssen spüren, dass Familienpolitik - bei aller Vielfalt an Herausforderungen in der Politik - einen Spitzenplatz in der Hierarchie politischer Themen einnimmt.

Der politische Stellenwert der Familie könnte gestärkt werden, in dem „Familie“ verstärkt als politisches Querschnittsthema begriffen wird und bspw. familienspezifische Agenda-Prozesse angestoßen werden. Dabei könnten im Zusammenschluss verschiedenster Akteure und Interessensgruppen konkrete Maßnahmen und Aktivitäten für eine familienfreundliche Region entwickelt werden.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Positivbeispiele sind die „Lokalen Bündnisse für Familien“. Vgl. [www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de](http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de) (Abrufdatum: 27.04.2009) oder Servicebüro Lokale Bündnisse für Familien 2006.

So ist der geplante Einsatz einer „Familienhebamme“ im Kreisgebiet, die bei einem anerkannten freien Träger der Jugendhilfe angestellt werden soll, ein nachahmenswerter Schritt in diese Richtung.

b. Armut verhindern

Der sicherste Weg, um Armut gar nicht erst aufkommen zu lassen, ist (i.d.R.) die Vermeidung von Arbeitslosigkeit. Langzeitarbeitslosigkeit und Sozialhilfebedürftigkeit ist jedoch aus verschiedensten Gründen nicht immer zu verhindern. Wo Menschen auf Hilfe angewiesen sind, dort ist sicherzustellen, dass diese Hilfe auch ein angemessenes Niveau hat. Die Festlegung des soziokulturellen Existenzminimums steht vielfach in der Kritik. So werden insbesondere die Verfahren und Grundlagen zur Regelsatzbemessung als jenseits der Lebenswirklichkeit kritisiert.

Der Landkreis und die ARGEn könnten folgende Schritte unternehmen:

- rechtliche Handlungsspielräume umsichtig ausnutzen
- Ausrichtung der internen Prozesse der öffentlichen Verwaltungen an der Entdeckung und Beseitigung prekärer Lebenslagen
- Sensibilisierung und Qualifizierung der Mitarbeitenden für die Thematik *Armut und prekäre Lebenslagen*
- Aufbau bzw. Stärkung und Pflege eines dichten Netzwerks mit relevanten Akteuren (Wohlfahrtsverbände, Wirtschaft etc.)
- Kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung
- kontinuierliche Beobachtung des Sozialraums

c. Arbeitslosigkeit bekämpfen

Erwerbstätigkeit ist nach wie vor das zentrale Mittel, um die eigene finanzielle Unabhängigkeit zu sichern und Armut zu verhindern. Die Arbeitsmarktdaten des Rhein-Sieg-Kreises fallen alles in allem eher positiv aus. Es zeichnet sich jedoch ein gewisser Handlungsbedarf bei der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit ab. Hier könnten Ausbildungspakte, Fördermaßnahmen wie Begleitung beim Ausbildungseinstieg („Paten für Ausbildung“), ein gelungenes Übergangsmanagement und Selbstverpflichtungen von Industrie, Handel und Dienstleistungsunternehmen einen positiven Beitrag leisten.

d. Betreuungsangebote ausbauen

- *Soziale Gegensteuerung heißt auch Ausbau von Ganztagsbetreuungsangeboten*

Da Armut ein gesellschaftliches Phänomen struktureller Art ist, kann Armutsbekämpfung (d.h. Vermeidung oder Verminderung) nur durch eine soziale Gegensteuerung geschehen.

Es muss nicht immer bei Null angefangen werden. Das Paradigma hier lautet „Prävention als Aktion statt Reaktion“.

Leitorientierung ist die Sicherung eines „Aufwachsens im Wohlergehen“ für alle Kinder und im Speziellen für Arme. „Aufwachsen im Wohlergehen“ bedeutet, die Lebenswelt der Kinder so zu gestalten, dass hinsichtlich ihrer aktuellen Lebenslagen keine Beeinträchtigungen oder „Auffälligkeiten“ bestehen und somit eine positive Zukunftsentwicklung erwartbar ist. Für arme Kinder sind daher Entwicklungsbedingungen zu schaffen, die ihnen ein positives Aufwachsen

tatsächlich ermöglichen. U.a. sind eine individuelle Förderung und Stärkung (Verhalten) notwendig.

Armut ist der stärkste Risikofaktor für ein Aufwachsen im Wohlergehen und gleichzeitig verfügen auch arme Kinder über Schutzfaktoren. Wenn KiTa und Schule sich diesen Kindern besonders öffnen und ihre Potenziale zugunsten der Kinder einsetzen, z.B. durch Förderung sozialer Integration, wirken sich Armutsbedingungen weniger negativ aus.

Es geht um die Förderung der Sprache, das Aufwachsen in kinderfreundlichen Umwelten oder auch die soziale Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen wie der Schutz von Kinderrechten oder der Ausbau einer ausreichenden Infrastruktur für Kinder und Familien. Es geht um die qualitative und quantitative Weiterentwicklung des Bildungssystems ebenso wie die Umsetzung von Gesundheitsförderung.

■ *Akteure und Verantwortliche auf den unterschiedlichen Ebenen*

Kindbezogene Armutsprävention wird erst durch politische Entscheidungen ermöglicht bzw. überhaupt gesichert. Sie beginnt spätestens in der KiTa, eigentlich schon während der Schwangerschaft oder mit der Geburt. Sie hat die Sozialisationsbedingungen allgemein und speziell vor Ort in den Blick zu nehmen. Der Ausbau von Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen und der kostenlose Zugang sind ein Schlüssel für die Verbesserung von Teilhabechancen. Ein stetiger quantitativer und qualitativer Ausbau von Ganztagsangeboten ist somit nicht nur unter dem Aspekt von Vereinbarkeit Familie und Beruf dringend erforderlich.

e. Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Der Rhein-Sieg-Kreis wird bis 2020 eine große Zahl zusätzlicher Wohnung (mehr als 60.000) benötigen. Schon jetzt sind Familien mit Kindern einer überdurchschnittlichen Mietbelastung ausgesetzt. Diese Situation droht sich noch zu verschärfen.

Erforderlich erscheint die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel zur Förderung und Schaffung von zukunftsweisendem öffentlich geförderten Wohnungsbau durch die Städte und Gemeinden im Kreisgebiet sowie die Stärkung der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft. Hinzukommt die Notwendigkeit einer aktiven Grundstücks- und Liegenschaftspolitik der Kommunen und ein verstärktes Engagement beim Ankauf sowie der Erschließung und Vermarktung von Grundstücken. Das öffentliche Engagement bei der Wohnraumschaffung ist dabei nur zum Teil die unverzichtbare Antwort auf die demographische Entwicklung. Sie ist zu einem guten Teil auch eine notwendige Voraussetzung, um überhaupt von der demographischen Entwicklung profitieren zu können. Wo kein oder nur überteuerter Wohnraum vorhanden ist, da schwindet auch die Attraktivität für Familien und der erwartete Zuzug könnte deutlich geringer ausfallen.

Über ihren Landesverband haben die Mietervereine in NRW gegenüber der Landesregierung deutliche Forderungen formuliert. Eine weitere aktive Wohnungsbauförderungspolitik ist aus ihrer Sicht ein entscheidendes Gestaltungsinstrument und für die ausreichende Versorgung von breiten Schichten der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum unverzichtbar. Entsprechend tritt der

Deutsche Mieterbund NRW auf Landesebene dafür ein, dass die Zweckbindung des Wohnungsbauvermögens erhalten bleibt und die Wohnungsbauförderung im derzeitigen Umfang von rund 900 Millionen Euro p.a. auch weiterhin zur Verfügung steht. Im Gegensatz dazu steht die Entscheidung der Landesregierung, das Wohnungsbauvermögen dem Kapital der NRW-Bank zuzuschlagen und die Zweckbindung für den Wohnungsmarkt aufzuheben.

f. Freizeitmöglichkeiten fördern

Im Sinne des Lebenslagenansatzes ist Armut mehr als nur das Fehlen finanzieller Mittel. Neben Arbeit und Bildung ist bspw. auch die Freizeitgestaltung zu berücksichtigen. Eine Benachteiligung in mehreren Bereichen erhöht das Risiko sozialer Ausgrenzung durch Armut.

Hier ist insbesondere die Forderung nach einem breiten politischen Konsens zum Verzicht des Drehens an der kommunalen „Gebührenschaube“ für familiengerechte Freizeitangebote zu erheben: Angefangen von den Eintrittspreisen in das Schwimmbad (sofern noch nicht dauerhaft geschlossen) über die Mitgliedsbeiträge in Sport- und Kulturvereinen, bei Stadtbüchereien, Jugendmusik- und Kunstschulen bis hin zu einer aktiven Förderung wohnortsnaher Kinder- und Jugendholungsmaßnahmen ist mindestens mittelfristig Gebühren- und Beitragsstabilität zu gewährleisten. Dahinter steht die Erkenntnis, dass die Bekämpfung von Armut nicht nur auf Transferzahlungen abzielen kann, sondern auch Maßnahmen umfasst, die gesellschaftliche Teilhabe erlaubt bzw. fördert.

Möglichkeiten zur sinnvollen außerschulischen Freizeitgestaltung sind in diesem Zusammenhang für Kinder von unschätzbarem Wert. Dies gilt für Kinder im Allgemeinen und für Kinder aus armen Verhältnissen im Speziellen.

*„Sport und Bewegung sind fester Bestandteil der Lebenswelt nahezu aller Kinder und bieten daher wie kaum ein anderer Bereich die Möglichkeit, positiv auf ihre Entwicklung einzuwirken. Bereits in der frühkindlichen Erziehung und in der Grundschule wird dadurch in vielfältiger Weise die sprachliche, intellektuelle und körperliche Entwicklung von Kindern unterstützt. Sport und Bewegungsangebote leisten einen wichtigen Beitrag, soziale Schranken zu überwinden und die Integration von benachteiligten Kindern und von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte zu erleichtern und zu fördern.“<sup>2</sup>*

Sinnvolle Freizeitgestaltung bietet Kindern die Chance, Potenziale zu entfalten und Fähigkeiten zu entwickeln, die auch mit Blick auf schulische, soziale und berufliche Aufstiegschancen bedeutsam sind.

Kommunale Freizeiteinrichtungen kämpfen häufig ums wirtschaftliche Überleben. Trotzdem sollte eine ernst gemeinte kinder- und familienfreundliche Politik der Versuchung zu einer „Outsourcing – Politik“ in diesem Sektor widerstehen können.

Die Übertragung bereits bestehender Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen oder die gewerbemäßige Förderung ihrer Neuansiedlung verstellt den Blick auf die Auswirkungen: Eintritts-

---

<sup>2</sup> Dies ist eine zentrale Erkenntnis des 2. Deutschen Kinder- und Jugendsportberichts, der im Jahr 2008 vorgestellt wurde; vgl.: <http://www.dsj.de/cgi-bin/showcontent.asp?ThemaID=988> (Abrufdatum: 31.08.2009)

und Nutzungsgebühren sind notwendigerweise gewinnorientiert, das Personal verfügt in aller Regel nicht über eine Einbindung in das örtliche soziale Netz der Kinder- und Jugendhilfe.

Eine offensivere Unterstützung der Kinder- und Jugendpolitik wäre somit zugleich ein Beitrag zu einer Stärkung des Stellenwerts von Familienpolitik.

g. Vernetzung stärken

Familien sind auf verschiedenste Einrichtungen und Angebote angewiesen. Um das Potenzial der Helfelandschaft ausnutzen zu können, kommt es auf eine starke Vernetzung der verschiedenen Akteure und Anbieter an. Einen hervorragenden Anknüpfungspunkt bieten die vom Land zertifizierten Familienzentren. Zum einen, weil sie durch entsprechende Kooperationen mit Beratungsdiensten eine institutionelle Vernetzung sicherstellen, zum anderen, weil Kindertageseinrichtungen mit jeder Familie und jedem Kind in Kontakt kommen. Familienzentren bilden daher den niederschwelligsten Zugang zu den unterschiedlichen Unterstützungsformen. Sicher ist hierbei zu berücksichtigen, dass insbesondere in einem Flächenkreis die gegenwärtige Beratungsinfrastruktur noch einmal in den Blick zu nehmen ist und dort, wo Bedarf besteht, zielgerichtet gefördert werden sollte.

Eine andere Verknüpfungsrichtung ist die Förderung des Zusammenwirkens von hauptamtlichen Diensten und ehrenamtlichen Initiativen. Auch hier gilt es Bestehendes zu nutzen. Zu denken ist hier besonders an die Sozialen Runden Tische, die schon in vielen Regionen existieren oder gerade aufgebaut werden. Diese sollten unbedingt in die Gestaltung der Sozialplanung mit einbezogen werden. Inwieweit auf Kreisebene ein Sozialer Runder Tisch eine kreisweite Vernetzung unterstützen kann, sollte geprüft werden.

In die Überlegungen zu einer nachhaltigen Vernetzung sollte neben öffentlichen und freien Trägern nicht zuletzt auch die Wirtschaft miteinbezogen werden, z. B. wenn es um Belegplätze in Kindergärten oder Bildungsinvestitionen geht. Dem Kreis bietet sich die Chance, eine solche Vernetzungsoffensive anzustoßen und zu begleiten.

h. Transparenz fördern

Aus der vorab genannten Stärkung der Vernetzung folgt, dass die vielfältigen Angebote transparent gemacht werden müssen und offensiv zu kommunizieren sind. Dabei bedarf es insbesondere (aber nicht nur) mit Blick auf sozial schwächere Familien einer verständlichen Sprache und geeigneter Maßnahmen, so dass Hilfeangebote im Ernstfall von den Betroffenen schnell gefunden und genutzt werden können. Der Kreis kann in diesem Zusammenhang erneut die Funktion eines Netzwerkmoderators einnehmen.

Neben der Stärkung der Transparenz der Hilfe- und Beratungslandschaft ist eine kontinuierliche Familienberichterstattung unverzichtbar, um die Entwicklung sozialer Problemlagen in das öffentliche Bewusstsein zu rücken, die besondere Stellung der Familien zu betonen und um handlungsrelevante Planungsinformationen zu erhalten.